



Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI



Positive Zahlen gab das europäische Statistikamt Eurostat am Beginn dieser Woche bekannt: Im Euroraum sei die Arbeitslosenrate im Oktober 2015 auf 10,7% gesunken. Gut nahm Italien die Nachricht auf, dass die Arbeitslosenrate im eigenen Land auf 11,5% zurückgegangen sei – eine Bestätigung der Wirksamkeit des Jobs Act.

Doch das arbeitnehmersnahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung warnt: Trotz positiver Wachstumsimpulse sei die Krise in Europa noch nicht ausgestanden. Im Süden drohe lang anhaltende Massenarbeitslosigkeit, wenn die europäischen Staaten nicht durch nachhaltig verstärkte öffentliche Investitionen neue Impulse setzten.

Die Forscher geben zu bedenken, dass der Euroraum nicht die richtigen Antworten auf die Krise gefunden habe. Während die Vereinigten Staaten und Großbritannien eine höhere Inflation und zeitweilige Haushaltsdefizite duldeten, hielten die Euroländer konservativ an Kaufmannstugenden fest und versuchten zu sparen. Das Ergebnis: niedrigere und auch aktuell weiter rückläufige Investitionsquoten, weniger Wachstum und eine steigende Zahl von Menschen ohne Arbeit. Schritte Abbau der Arbeitslosigkeit

Nur keine voreilige Euphorie

*Seit Mitte 2013 sinkt die **Arbeitslosigkeit** im Euroraum Monat für Monat leicht. Nun erstmals auch in Italien. Doch arbeitnehmersnahe Institute warnen: Ohne öffentliche Investitionen wäre die **Arbeitslosenrate** erst wieder im **Jahr 2022** auf dem Stand vor der Krise.*

keit im gleichen Tempo fort wie heute, dann würde die Rate erst wieder im Jahr 2022 dort unten sein, wo sie im Jahr 2007 lag. Ohne Politikwechsel erwarten die Experten eine Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit, einen gespaltenen Arbeitsmarkt, schlechtere Arbeits- und Entlohnungsbedingungen und abermals nachlassende Investitionen. Wachsende Armut und eine perspektivlose Jugend schmälerten langfristig das produktive Potenzial vor allem in Südeuropa. Gegensteuern ließe sich vor allem mit einer Politik, die auf Wachs-

tum durch Investitionen setzt. Dabei dürften die europäischen Regierungen Ausgaben nicht scheuen, die mit hohen zukünftigen Erträgen gekoppelt sind wie etwa die frühkindliche Betreuung. Oder die Bildung, die auch mit Krediten zu finanzieren sei, ebenso der ökologische Umbau der Wirtschaft. Flankiert werden müsse die Wachstumspolitik wie die Bekämpfung der Armut durch Umverteilung von Einkommen. Steigende Klein- wie Organisierte Kriminalität machen deutlich: Auch der soziale Friede ist ein hohes Gut.